



---

**Resolution 2600 (2021)****verabschiedet auf der 8881. Sitzung des Sicherheitsrats  
am 15. Oktober 2021**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf alle seine früheren Resolutionen zu Haiti, namentlich Resolution 2547 (2020), sowie die Erklärung seiner Präsidentschaft vom 24. März 2021 (S/PRST/2021/7),

*in Bekräftigung* seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis,

insbesondere *unter Hinweis* auf seine Resolution 2476 (2019), mit der auf der Grundlage des Berichts des Generalsekretärs vom 1. März 2019 (S/2019/198) und mit Wirkung vom 16. Oktober 2019 das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Haiti (BINUH) eingerichtet wurde,

die Ermordung des Präsidenten Haitis, Jovenel Moïse, am 7. Juli 2021 *auf das Schärfste verurteilend* und die Regierung Haitis *nachdrücklich auffordernd*, die Tatverantwortlichen rasch zur Rechenschaft zu ziehen,

*mit tiefer Sorge* die akute Politik-, Wirtschafts-, Sicherheits- und humanitäre Krise in Haiti *zur Kenntnis nehmend* und die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft *bekräftigend*, die Menschen in Haiti auch weiterhin zu unterstützen,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die Zunahme der Bandengewalt in letzter Zeit und *unterstreichend*, wie wichtig es ist, diese Gewalt und ihre tieferen Ursachen umfassend anzugehen, insbesondere durch die Stärkung des Rechtsstaats, sozioökonomische Maßnahmen, Programme zur Minderung der Gewalt, Waffen- und Munitionsmanagement und die Zerschlagung der Verbindungen zwischen politischen Akteuren und den Banden,

*in Anerkennung* der wichtigen Rolle der Nachbarländer, der regionalen und subregionalen Organisationen wie der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) und der anderen internationalen Partner und *mit der Aufforderung* an die internationale Gemeinschaft, auch weiterhin fest entschlossen die Anstrengungen zur Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen, denen sich Haiti in humanitärer Hinsicht und bei der Stabilisierung, dem Wiederaufbau und der nachhaltigen Entwicklung des Landes gegenübersteht,

*betonend*, dass die Regierung Haitis die Hauptverantwortung für die Bekämpfung der seit langem bestehenden Triebkräfte der Instabilität und Ungleichheit trägt und zusammen mit anderen Interessenträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, Frauen, junger Menschen



und des Privatsektors, dauerhafte Lösungen zur Bewältigung der unmittelbaren und langfristigen Herausforderungen Haitis finden muss,

*zutiefst besorgt* über die verheerenden Auswirkungen des Erdbebens, das Haiti am 14. August 2021 erschütterte, gefolgt vom Durchzug des Tropensturms Grace am 16. August 2021, die zu erheblichen Verlusten an Menschenleben, Sachschäden, Obdachlosigkeit und dem Verlust von Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und -qualität, Gesundheitssicherheit und des Zugangs zu sozialer Infrastruktur geführt haben, und *betonend*, dass Fortschritte bei der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau Haitis für die Herbeiführung dauerhafter Stabilität, Sicherheit und sozioökonomischer Entwicklung unerlässlich sind,

1. *beschließt*, das Mandat des BINUH im Einklang mit Ratsresolution 2476 (2019) unter der Leitung einer Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und mit den in Resolution 2476 (2019) festgelegten Berichterstattungspflichten bis zum 15. Juli 2022 zu verlängern;

2. *ersucht* den Generalsekretär, eine Bewertung des Mandats des BINUH vorzunehmen und dabei auch zu prüfen, ob und wie das Mandat angepasst werden könnte, um den Herausforderungen zu begegnen, die sich Haiti derzeit stellen, die Wirksamkeit der Mission und ihrer Bemühungen zur Förderung des Dialogs zwischen den nationalen Behörden, der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern in Haiti zu erhöhen, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und die Achtung der Menschenrechte zu fördern;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Sicherheitsrat innerhalb von sechs Monaten nach Verabschiedung dieser Resolution die Ergebnisse dieser Bewertung zu übermitteln;

4. *ermutigt* zu einer fortgesetzten engen Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen dem BINUH, dem Landesteam der Vereinten Nationen in Haiti, den Regionalorganisationen und den internationalen Finanzinstitutionen, um der Regierung Haitis dabei zu helfen, die Verantwortung für die Verwirklichung der langfristigen Stabilität, nachhaltigen Entwicklung und wirtschaftlichen Eigenständigkeit des Landes zu übernehmen;

5. *legt* allen haitianischen Interessenträgern *eindringlich nahe*, sich auf einen alle Seiten einschließenden innerhaitianischen nationalen Dialog zu verpflichten, um gegen die seit langem bestehenden Triebkräfte der Instabilität anzugehen, und zu diesem Zweck einen tragfähigen und allseits akzeptierten Rahmen zu schaffen, der so bald wie technisch möglich die Organisation inklusiver, friedlicher, freier, fairer und transparenter Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, unter voller, gleichberechtigter und konstruktiver Beteiligung der Frauen, ermöglicht;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

---